

Deutschland.

□ **Berlin, 3. August.** Der Text der Thronrede wird erst in einer Konseilsitzung, welche unmittelbar nach Ankunft Sr. Majestät noch in der Nacht gehalten werden soll, definitiv festgestellt werden. — Die Aufgaben der nächsten Session werden vor Allem sein: Beschlussfassung über das Reichswahlgesetz und seine Ausführung, und über den zu eröffnenden außerordentlichen Kredit, welcher, gleichviel in welcher Form, erforderlich ist zur Erstattung der Landlieferungen. Die Regierung wird ferner dem Landtage sämtliche oltroyirte Verordnungen vorlegen und bezügliche Indemnität und nachträgliche Genehmigung nachsuchen — es handelt sich hier insbesondere um die königliche Verordnung vom 12. Mai, betr. die Aufhebung der Wuchergesetze, und die andere vom 18. Mai, betr. die Errichtung von Darlehnskassen. Von sonstigen Vorlagen der Staatsregierung dürfte eine auf Vermehrung des Bank-Kapitals bezügliche mit Sicherheit zu erwarten sein. Auf die früher bekannte Bankvorlage wird man jetzt nicht wieder zurückgreifen, schon weil eine Anzahl der betreffenden Städte inzwischen dem preussischen Staate inforsportirt sein wird. Auch von dem Plane der Einführung einer neuen Goldwährung ist man, weil die finanziellen Verhältnisse sich inzwischen geändert haben, definitiv zurückgekommen. — Wie aus den Zeitungen bekannt, bestand zwischen unserem Magistrat und den Stadtverordneten wegen des Textes der dem Könige beim Empfange zu überreichenden Adresse eine Differenz, indem die Stadtverordneten zwei Stellen des von dem Magistrat vorgelegten Entwurfes beanstandeten. Wie ich höre, hat sich Oberbürgermeister Seydel sofort bereit erklärt, jene zwei Stellen ganz nach dem Wunsche der Stadtverordneten zu ändern. Die Adresse wird demnach von beiden städtischen Behörden unterzeichnet und in corpore überreicht werden. — Die Zeitungen erzählen: Mitte August werde der König seinen feierlichen Einzug an der Spitze der Garde halten. Es kann aber über den Zeitpunkt der Rückkehr der Garde noch gar nichts bestimmt werden, weil eben diese Rückkehr aus Gründen politischer Vorsicht nicht eher erfolgen darf, als bis der Friede wirklich abgeschlossen und das bezügliche Friedens-Instrument ratificirt worden ist. — Eine demokratische Zeitung insinuiert: die Regierung müsse, um sich finanzielle Quellen zu eröffnen, abgesehen von der Negotiation betreffs der Köln-Mindener Bahn, auch wohl noch anderes Staatsgut veräußern haben. Es ist hieran auch nicht der Schatten von Wahrheit, und kann gar nicht sein, denn ein solcher Verkauf hätte dem Publikum doch unmöglich bis jetzt ganz unbekannt bleiben können. — Graf Bismarck hat eine ganz besondere Ehre erfahren, und zwar von der „Rh. Z.“ Dieses Organ der rheinischen Diplomatie, welches sonst nichts anderes kannte, als das ganze „System Bismarck“ mit allen Mitteln zu bekämpfen, findet den Staatsmann jetzt an seinem Plage und kann sich nur darin nicht finden, noch immer die anderen Minister neben ihm zu sehen. Die „Rh. Ztg.“ scheint also zu glauben, Graf Bismarck habe sein System geändert, so daß seine Kollegen im Amte nun nicht mehr zu ihm paßten. Die „Rh. Ztg.“ wird auch diesmal wieder ihres radikalsten Irrthums ohne Zweifel thatsächlich überführt werden. — Die Kontingente derjenigen Kleinstaaten, die auf Preußens Seite getreten sind, haben sich ohne Unterschied in jeder Beziehung vorzüglich gehalten, während von den Kontingenten des 7. und 8. Bundeskorps weder in Bezug auf ihre Ausrüstung noch auf Disziplin und Benehmen gerade viel Ruhmendes zu melden ist. Dennoch ist kein Zweifel, daß auch bei den Letzteren an der einzelne Mann an kriegerischer Tüchtigkeit und Brauchbarkeit nicht leicht Anderen nachsteht. Man sieht, woran es hier fehlt; es ist die Führung und die Organisation, wie sie das preussische Heer besitzt und deren wohlthätige Wirkung sofort auf Truppenteile übergeht, die mit preussischen organisch verbunden sind.

□ **Berlin, 4. August.** Der König hat bereits in Prag den Bürgermeister von Frankfurt a. M., Senator Müller, empfangen, und hatte derselbe vornehmlich eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck. Die Deputation aus Frankfurt a. M., welche am Donnerstag Abend wieder vollzählig hier eingetroffen ist, wird hierseits die Rückkehr des Königs nach Berlin abwarten.

— Die Königin hat am Donnerstag Nachmittag in Magdeburg den Oberpräsidenten v. Willeben und die Spitzen der Civil- und Militärbehörden, sowie der Stadt empfangen. Nach dem Diner, welches bei dem stellvertretenden kommandirenden General stattfand, fuhr die Königin nach Brandenburg und besuchte auch dort das Lazareth. An dem gestrigen Geburtstage Friedrich Wilhelms III. begab sich die hohe Frau zum Besuche des Mausoleums nach Charlottenburg, und war auch die Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin dort anwesend.

— Die Kronprinzessin kommt heute zur Begrüßung des Königs von Heringsdorf nach Berlin, ebenso treffen von Potsdam die Prinzessin Carl, die Prinzessin Friedrich Carl, die Großherzogin Mutter und die Herzogin Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin hier ein.

— Bei der in den Geldverhältnissen eingetretenen günstigen Wendung ist eine Ausnahme von der Bestimmung des §. 7 der Verordnung über die Gründung öffentlicher Darlehnskassen vom 18. Mai d. J. (Gesetzsammlung S. 227) nicht weiter erforderlich. Es wird demnach für den Verkehr der Darlehnskassen der Lombard-Zinsfuß der preussischen Bank von heute ab wieder maßgebend sein. Berlin, 3. August 1866. Der Finanz-Minister. v. d. Heydt.

— Der Civil-Gouverneur in den Erbherzogthümern, Frhr. v. Zebitz, hält sich gegenwärtig hier auf, und wurde gestern im auswärtigen Amte und vom Minister des Innern, Grafen Eulenburg, empfangen.

— Im Anschluß an die in der Bevölkerung hervortretende

Stimmung haben die städtischen Behörden beschlossen, die zur Feier der Rückkehr Sr. Maj. des Königs vom Kriegsschauplatz beabsichtigte Illumination der städtischen Gebäude und der Denkmäler ebenfalls am Abend des Eintreffens, also am Sonnabend, den 4. d. M., stattfinden zu lassen.

— Von gut unterrichteter Seite gehen der Wiener „Debatte“ folgende, auf den Stand der Friedensverhandlungen Bezug nehmende Mittheilungen zu: Die eigentlichen Friedensverhandlungen, welche im preussischen Hauptquartier gepflogen werden, nehmen einen schnelleren und günstigeren Verlauf, als dies gehofft werden konnte, und ist die Erwartung nicht unberechtigt, daß auf Grund der, wie bekannt, bereits ratificirten Friedens-Präliminarien das eigentliche Friedensinstrument noch im Verlaufe der nächsten Woche der Ratifikation der betreffenden Souveräne wird unterbreitet werden können. Die Mittheilung, daß sich die auf österreichischem Gebiete stehenden preussischen Truppen während des Waffenstillstandes auf eigene Kosten verpflegen, ist dahin zu ergänzen, daß die für die Verpflegung des auf österreichischem Boden stehenden preussischen Heeres nöthigen Naturalien zwar bis zum Friedensschlusse von den okkupirten Ländern, und zwar hofentlich schon in allernächster Zeit, durch Vermittelung der wieder einzusetzenden kaiserlichen Behörden zu liefern sind, daß jedoch diese Leistungen in den Friedenspräliminarien von der stipulirten Kriegsentschädigung mit 5 Mill. Gulden in Abrechnung gebracht sind.

— Die „N. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Opferfreudigkeit, mit welcher die Hansestadt Bremen in den verflochtenen Tagen der schweren Kämpfe Preußens mit seinen zahlreichen Feinden freiwillig, ohne jede äußere Veranlassung in der Beschaffung von Mitteln zur Kräftigung und Erquickung der Kranken und Verwundeten hervorgetreten ist, hat in Preußen überall eine innige Anerkennung gefunden. In den Sendungen von Gaben für die in den Lazarethen zu Kassel, Fulda, Brückenau und anderen Orten liegenden Verwundeten weitestente die „freie Stadt“ mit den preussischen Provinzen. Wir sprechen dafür dem Senate und der Bürgererschaft derselben im Namen vieler Tausende, welchen dazu die Gelegenheit fehlt, laut unsern Dank aus. Unser Volk und seine Regierung werden Bremen nie die Sympathie vergessen, welche diese Stadt für das Wohlergehen Preußens nicht bloß bei dieser Gelegenheit durch die Opferfreudigkeit, sondern auch durch den schleunigen Anschluß an das preussische Bündniß beisteht.

Der preussischen Regierung aber, welche in dieser Haltung Bremens das Unterpfand einer aufrichtigen und treuen Bundgenossenschaft erblickt, wird es nicht an Gelegenheit fehlen, dem Freistaate in politischen Fragen ihren Dank durch eine entgegenkommende Haltung zu beweisen.

□ **Berlin, 3. August.** (Nat.-Ztg.) Fürst Gortschakow scheint es rasch vergessen zu haben, daß ihm die gehobene Sprache, die er nicht vor langer Zeit gegenüber der diplomatischen Intervention Frankreichs, Englands und Oesterreichs in der polnischen Sache führte, nur durch die damalige Haltung der preussischen Regierung ermöglicht wurde. Zum Dank sucht er jetzt eine diplomatische Intervention derselben Mächte gegen Preußen anzusetzen, natürlich nicht zu Ehren des damals von jenen betonten Nationalitätsprinzips, sondern zur Rettung verschiedener Vetteren des kaiserlichen Hofes, welche in Folge ihrer bewaffneten Konspiration mit Oesterreich ihre Thronfolge eingebüßt haben. Da Frankreich bekanntlich das Interesse für diese Duodezstaaten nicht theilt, und man in England ihr Aufgehen in Preußen als ein in jeder Beziehung höchst wohlthätiges Ereigniß betrachtet, so darf man der neuesten Pariser Depesche vollen Glauben schenken, nach welcher der russische Kongressvorsitz nirgends Unterstützung findet. Es ist klar, daß nach Allem Preußen seine bereits im Wesentlichen gewonnene Sache nicht den Verhandlungen der europäischen Diplomatie preisgeben kann, die ja überdies nur noch mit Worten zu fechten im Stande ist, nachdem sie vorher der Entscheidung durch die Waffen freien Lauf gelassen und Oesterreichs Protest gegen jede Konferenz respectirt hat. Der russische Minister hat schon im Verlauf der schleswig-holsteinischen Frage sein Uebelwollen gegen Preußen so weit an den Tag gelegt, als er es nur immer vermochte; man kennt aber sehr wohl die Hemmschuhe, die ihn über bloße Redensarten hinauszuheben hindern. Wenn man so lange zu thun hatte, ehe man in Polen nur mit dem Nothdürftigen fertig wurde, so ist man wohl nicht in der Lage, jetzt plötzlich gegen Preußen mit dem Säbel zu rasseln. Man sollte daher lieber endlich jene Vetterenpolitik bei Seite legen, welche die Entwicklung Deutschlands lange mit dem schlimmsten Intriguennetz umstrickt gehalten hat; ihre Wiederaufnahme ist nur geeignet, die Popularität der Sache Preußens in Deutschland zu mehrern und zugleich Frankreich einen crassen Beweis zu geben, das ein starkes und und durchaus auf eigenen Füßen stehendes Preußen, welches beliebigen Petersburger Strömungen nicht mehr zugänglich ist, von sehr großem Werthe für das „europäische Gleichgewicht“ ist. Wir gönnen Rußland durchaus seine heutige innere Entwicklung; aber es lasse uns auch ungestört in der unsrigen.

Uebrigens ist jeder verständige Russe, der sich nur einen Augenblick über die kleinlichste Nationalitätsfrage erhebt, eben so wie jeder verständige Franzose und Engländer überzeugt, das Preußen durch die endliche Zerstörung der verrotteten deutschen Kleinstaateret der europäischen Kultur einen wahren Dienst erweist, und gegen diesen consensus gentium wird Fürst Gortschakow sich vergeblich stemmen.

— Der kleine Krieg, welcher im Rücken unserer Armee begonnen hat, die Räuberzügen in Böhmen, der Ueberfall unserer Mannschaften in Troppau, die Sprengung der Brücke bei Theresienstadt, die Vertheilung von Proklamationen, welche den Vernichtungskrieg gegen die Preußen predigen — dies Alles und vieles

Aehnliche während des Waffenstillstandes fordert die preussischen Truppen zu eiserner Strenge auf, und diese wird, wie man vernimmt, von jetzt ab geübt werden. Die preussische Regierung hat, wie die „Zeidl. Corr.“ meldet, um Entstellungen der Sachlage und der Motive des künftigen in den befestigten österreichischen Ländern und abweislichen energischen Verfahrens gegen die Creditanten vorzubeugen, die Vorfälle, welche einen Bruch des Waffenstillstandes von österreichischer Seite konstatiren, zur Kenntniß der auswärtigen Mächte gebracht. Die österreichische Regierung trifft der schwere Verdacht, daß sie jene Excesse wünscht und fördert, denn sie hat nicht das Geringste zu ihrer Vermeidung gethan, obwohl dies nach dem Abschlusse des Waffenstillstandes und der Vollziehung der Friedenspräliminarien ihre positive Pflicht war.

— Der General v. Steinmetz veröffentlicht folgende Dank-sagung: In Folge der Siege des 5. Armeekorps in den blutigen Schlachten und Gefechten vom 27. bis 30. Juni 1866 sind mir aus allen, auch den entferntesten Provinzen der preussischen Monarchie, ja selbst aus außerpreussischen Landestheilen, so vielfache Glückwünsche, Anerkennungs-schreiben und Telegramme zugegangen, daß ich, obgleich ich es von Herzen wünschte und mich hierzu auch verpflichtet fühle, außer Stande bin, alle diese freundlichen Zuschriften zu beantworten. Ich betrete deshalb diesen Weg, um Allen, die so ehren meiner und meines Korps gedacht, meinen und meiner Truppen innigsten Dank für diese echt patriotischen Gesteuungen und diese Beweise der Liebe und Anerkennung auszusprechen. Hauptquartier Schloß Feldberg, den 29. Juli 1866. Der General der Infanterie und kommandirender General des 5. Armeekorps. v. Steinmetz.

— Zur Widerlegung des Gerüchts, daß von den in die königliche Charité und das chirurgische Universitäts-Klinikum aufgenommenen verwundeten Soldaten viele an Hospitalbrand und Eiterfieber gestorben seien, dient nachstehende Zusammenstellung: Vom 4. Juni bis incl. 2. August d. J. sind franke und verwundete Soldaten aufgenommen worden: a) in die königliche Charité 834, b) in das chirurgische Universitäts-Klinikum 66; zusammen 900. Davon sind als geheilt entlassen: a) aus der Charité 544, b) aus dem Universitäts-Klinikum 17; zusammen 561; und gestorben: a) in der Charité 26, b) im Universitäts-Klinikum 2; zusammen 28 (etwa 3 pCt.). Also im Ganzen ausgeschieden 589; und es bleiben im Bestande 311. Die Zahl der Verstorbenen würde unzweifelhaft eine noch geringere gewesen sein, wenn nicht beiden Anstalten viele schwere Verwundete aus andern hiesigen Lazarethen, wo sie bereits längere Zeit gelegen hatten, überwiesen worden seien.

□ **Frankfurt a. M., 1. August.** J. M. die Königin erfreute gestern auf der Rückreise von Götting nach Berlin das hiesige Kriegs-Reserve-Lazareth mit einem unerwarteten Besuche. J. Maj. traf nach 8 Uhr Abends in Begleitung des Oberhofmarschalls Grafen Püdler, der Frau Gräfin Oriola, der Frau v. Berger, der Frau Präsidentin von Münchhausen und deren Gemahl im Lazareth ein. Ehrsüchtiger von dem Chef-Arzt Dr. Berndt, dem Ober-Inspektor Hauptmann Gelpke und dem sonstigen ärztlichen und Verwaltungspersonal empfangen, besichtigte die Königin die Krankenzimmer und nahm von den Lazareth-Einrichtungen Kenntniß, wobei sie Worte des Trostes für die Leidenden, Ausdrücke der Anerkennung für das ärztliche und Beamtenspersonal spendete. Im Besonderen erfuhren die pflegenden Franziskanerinnen (vom Kloster Eupen) Anerkennung und wurden mit Bouquets aus der Hand J. Maj. beglückt. Geldspenden wurden für Verwundete gewährt.

□ **Aus Schleswig-Holstein, 3. August.** Die preussisch-freundliche Partei gewinnt in beiden Herzogthümern an Bestand. Sehr bemerkenswerth ist in dieser Beziehung eine in dem heutigen „Preeger Wochenblatt“ enthaltene Erklärung des vor Jahresfrist wegen Schmähung des Königs von Preußen des Hochverraths angeklagten Preeger Advokaten C. Becker, deren Hauptstellen folgendermaßen lauten:

„Wie ich es immer gethan, so verwerfe ich auch jetzt jenen fanatischen, nach Lage der Dinge an Wahnsinn grenzenden Preussenhass, der für Manche nachgerade das Kriterium des echten Patriotismus geworden zu sein scheint. — Ich verdamme jenen arroganten Eigendünkel, der im schleswig-holsteinischen Volke das deutsche Mustervolk, im preussischen Volke dagegen die offene Eiterkeule der Nation erblickt. — Ich bekämpfe und ich werde stets den unheilvollen Wahn bekämpfen, daß Deutschland nur dann frei und einig werden könne, wenn der preussische Staat — womöglich in Stücke geschlagen worden.“

□ **Aus Mecklenburg-Schwerin, 3. August.** Die unter dem 14. v. M. angeordnete Aushebung der Kriegserfährlingspflichtigen aus der freigelassenen Mannschaft des Jahres 1865 ist durch Befehl Sr. K. H. des Großherzogs aus Baireuth vom 29. v. Mts. sistirt worden. — Heute gingen per Eisenbahn 50 Dragoner mit Pferden und 4 Gendarmen unserer Truppen nach Balern nach. Der Brückentrain sollte gleichfalls heute nachgeschickt werden. Nach eingetretener Controordre bleibt derselbe jedoch hier.

□ **Celle, 1. August.** Dem „H. C.“ wird geschrieben: Nach einer von dem preussischen Militärgouverneur und dem preussischen Civilkommissarius gemeinschaftlich erlassenen Circularverfügung an alle Polizeidirektoren und Chefs selbstständiger Polizeibehörden sollen bestimmte Anzeigen vorliegen, daß die Excesse in Celle nicht auf kommunistischer Bewegung beruhen, sondern fast lediglich durch politische Agitation hervorgerufen sind. Es wird deshalb von sämtlichen Vorständen der Polizeibehörden bestimmt erwartet, daß sie ihre Pflicht, aufs Strengste jede politische, insbesondere gegen Preußen gerichtete Agitation zu verfolgen, erfüllen werden und dabei ausdrücklich bestimmt, daß dieselben persönlich und nach Maßgabe des Kriegszustandes für jeden Aufstandsversuch verantwortlich

